

## Eine neue Strategie EU-Afrika – eine Partnerschaft für nachhaltige und inklusive Entwicklung

Die Europäische Union (EU) und die Afrikanische Union (AU) verfolgen in einer Reihe von Bereichen, wie etwa der Bekämpfung des Klimawandels und der Förderung eines nachhaltigen, beschäftigungswirksamen Wirtschaftswachstums in Afrika, ähnliche Interessen. Sie müssen jedoch noch eine gemeinsame Grundlage im Hinblick auf Migration, Sicherheitsmanagement und Grundwerte finden. Im März 2020 schlugen die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission (HV/VP) vor, eine neue und umfassende Partnerschaft mit Afrika aufzubauen, und betonten die Bereitschaft der EU, die Verbindungen zwischen den beiden Kontinenten zu stärken. Im Einklang mit dieser vorgeschlagenen Partnerschaft befasst sich das Europäische Parlament voraussichtlich während seiner März-II-Plenartagung mit einem Initiativbericht.

### Vorschlag der Kommission

Bei der Vorstellung des [Arbeitsprogramms der Kommission für 2020](#) teilte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit, dass „die Kommission und der Hohe Vertreter eine neue umfassende Strategie für Afrika ausarbeiten [würden], um die Wirtschaftsbeziehungen zu fördern, Arbeitsplätze auf beiden Kontinenten zu schaffen und unsere Partnerschaft in allen Bereichen zu vertiefen“. Am 9. März 2020 stellten die Kommission und der Hohe Vertreter eine gemeinsame Mitteilung mit dem Titel „[Auf dem Weg zu einer umfassenden Strategie mit Afrika](#)“ vor. Diese [Mitteilung](#) baut auf der „[Neuen Allianz für nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung](#)“ von 2018 und bestehenden internationalen, afrikanischen und EU-Rahmen und Strategien wie den [Zielen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung](#), der [AU-Agenda 2063](#), der [Globalen Strategie der EU](#), dem [Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik](#) und der [Gemeinsamen Strategie Afrika-EU](#) von 2007 auf. Darin werden **fünf thematische Partnerschaften** vorgeschlagen: 1) eine Partnerschaft für eine grüne Wende und den Zugang zu Energie im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzübereinkommen, 2) eine Partnerschaft für den digitalen Wandel, 3) eine Partnerschaft für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zur Förderung von Investitionen durch innovative Finanzierung und zur Verbesserung „des Lernens, der Kenntnisse und Fähigkeiten, der Kapazitäten für Forschung und Innovation, insbesondere bei Frauen und Jugendlichen, zum Schutz und zur Stärkung der sozialen Rechte sowie zur Abschaffung der Kinderarbeit“, 4) eine Partnerschaft für Frieden und gute Regierungsführung und 5) eine Partnerschaft zur „Gewährleistung eines ausgewogenen, kohärenten und umfassenden Ansatzes für Migration und Mobilität“. Die vorgeschlagene Strategie umfasst ferner **bereichsübergreifende Maßnahmen** zur Stärkung des Multilateralismus mit Blick auf die Vertiefung der Allianz EU-Afrika in internationalen Foren.

### Treffen der EU und der Afrikanischen Union zur Strategie

Die Kommission stellte ihre Vorschläge im Rahmen des [zehnten Treffens der Kommissionen von EU und AU](#) vor, das am 27. Februar 2020 in Äthiopien stattfand. In seinen [Schlussfolgerungen](#) vom 30. Juni 2020 billigte der Rat die Gemeinsame Mitteilung als „eine hervorragende Grundlage für den Aufbau einer neuen ambitionierten Partnerschaft mit Afrika“. Die Strategie wird voraussichtlich im Rahmen des nächsten [Gipfeltreffens AU-EU](#) mit Blick auf die Annahme gemeinsamer Leitlinien erörtert werden. Dieser Gipfel, der normalerweise alle drei Jahre stattfindet, war ursprünglich für Herbst 2020 in Brüssel vorgesehen, wurde später jedoch aufgrund der Covid-19-Pandemie [auf 2021](#) vertagt. Auf Ersuchen der Afrikanischen Union wurde auch eine für den 9. Dezember 2020 vorgesehene Videokonferenz zwischen führenden Akteuren der EU und Afrikas („Mini-Gipfel“) [auf unbestimmte Zeit verschoben](#). Der portugiesische Vorsitz im Rat der EU (Januar bis Juni 2021) [setzt sich dafür ein](#), die Zusammenarbeit der EU mit Afrika und der AU zu stärken, und hat sich bereit erklärt, „sich aktiv an den [Vorbereitungen des sechsten Gipfeltreffens EU-Afrikanische Union](#) zu beteiligen“. Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments [unterstützen](#) diese Bestrebungen. Es ist

# EPRS Eine neue Strategie EU-Afrika – eine Partnerschaft für nachhaltige und inklusive Entwicklung

jedoch noch kein [neuer Termin](#) für das Gipfeltreffen anberaumt. Das [künftige Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten](#), das drei regionale Säulen für Afrika südlich der Sahara, den Karibischen Raum und die Region Pazifischer Ozean umfasst, sollte ebenfalls während des portugiesischen Ratsvorsitzes vom Rat der EU gebilligt werden.

## Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 11. Februar 2020 [debattierte](#) das Europäische Parlament im Plenum mit Jutta Urpilainen, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für internationale Partnerschaften. Im Namen des Entwicklungsausschusses (DEVE) unterstützte dessen Vorsitzender Tomas Tobé (PPE, Schweden) das Konzept einer umfassenden Strategie für Afrika, sofern eine solche Strategie einen konkreten Plan, eine Analyse möglicher negativer sowie positiver Ergebnisse und wirksame Instrumente für die Überwachung und Koordinierung der Hilfe beinhaltet. Am 15. Juli 2020 erörterte der DEVE-Ausschuss dieses Thema mit dem Kommissionsmitglied Jutta Urpilainen und hochrangigen Vertretern des EAD.

Im Februar 2021 nahm der DEVE-Ausschuss einen [Initiativbericht](#) über die **Aspekte** der vorgeschlagenen Strategie im Bereich **der nachhaltigen und inklusiven Entwicklung** an. In dem Bericht wird hervorgehoben, dass die Partnerschaft angesichts der Auswirkungen der COVID-19-Krise, die die Ungleichheiten weiter zu verstärken, die Ernährungsunsicherheit und die Armut zu vergrößern und die Sicherheitslage in Afrika zu verschlechtern drohen, angepasst werden muss. Darin wird eine verstärkte Zusammenarbeit in zentralen Bereichen wie **Sicherheit, Landwirtschaft und Gesundheit** gefordert, um künftige Gesundheitskrisen besser vorherzusehen. In dem Bericht wird nachdrücklich betont, dass sich die künftigen Beziehungen von der Geber-Empfänger-Dynamik wegbewegen und die afrikanischen Länder zu einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich durch **fairen und ethischen Handel**, befähigt werden müssen. Dem Bericht zufolge sollte die Partnerschaft der **menschlichen Entwicklung und den Menschenrechten**, darunter der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und damit verbundenen Rechten, Vorrang einräumen.

Unter Berücksichtigung des rasanten Bevölkerungswachstums in Afrika wird in dem Bericht gefordert, die **Jugend** im Rahmen der Entwicklungshilfe vorrangig zu behandeln und die Aufmerksamkeit dringend auf Kinder in Konfliktgebieten zu richten. Darin wird bedauert, dass die Migrationsfrage die Beziehungen zwischen der EU und Afrika dominiert hat, und insbesondere auf die Unterschiede in diesem Bereich zwischen den Verhandlungsmandaten der EU und der AKP für das künftige Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten hingewiesen. In dem Bericht wird vorgeschlagen, dass eine erneuerte Partnerschaft zur Konzipierung einer **gerechten Migrationspolitik** beitragen kann, mit der die eigentlichen Ursachen von Migration tatsächlich angegangen werden und eine wirksame Visumpolitik und Politik für legale Migration besser umgesetzt werden. Die Partnerschaft sollte eine **stärkere Mobilisierung inländischer Ressourcen in Afrika** unterstützen, indem insbesondere Korruption und Steuerflucht bekämpft werden. In dem Bericht wird hervorgehoben, dass ein neues Haushaltsinstrument für auswärtiges Handeln (Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit, [NDICI](#)) erforderlich ist, um angemessene Mittel, insbesondere für die **Klimaziele**, bereitzustellen. Darin wird festgestellt, dass zahlreiche Mitgliedstaaten das Ziel, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) aufzuwenden, nicht erreicht und einige Mitgliedstaaten ihren Beitrag zur ODA sogar gesenkt haben.

Initiativbericht: [2020/2041\(INI\)](#); federführender Ausschuss: DEVE; Berichterstellerin: Chrysoula Zacharopoulou (Renew, Frankreich). Weitere Informationen finden Sie im Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes mit dem Titel [„Towards a new EU strategy with Africa: A renewed focus on outreach“](#).

